



Detlef Wetzell

Erster Vorsitzender der IG Metall

Grundsatzreferat

**6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall
vom 24. bis 25. November 2013 in Frankfurt
„Kurswechsel – Gemeinsam für ein Gutes Leben“**

Frankfurt, 25. November 2013

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wisst Ihr, heute hier zu stehen, das ist schon was ganz Besonderes.

„Wenn es die IG Metall nicht gäbe, dann müsste man sie erfinden“, das hat kürzlich jemand zu mir gesagt.

Und ich bin so froh, dass es uns gibt,

denn sonst hätten wir nicht all das bewegen können, was wir in den vergangen Jahren bewegt haben.

Kolleginnen und Kollegen, und das war so unglaublich viel.

Wir standen in unserer langen Geschichte oft mit dem Rücken an der Wand.

Man hat versucht, uns zu vernichten, man hat uns bekämpft und doch sind wir immer noch da. Stärker denn je!

Das Tarifsysteem, als „Kartell“ diffamiert, sollte zerschlagen werden.

Tarifverträge sollten im Lagerfeuer brennen!

Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sollten demontiert werden.

Unser Widerstand hat das verhindert.

Sinkende Mitgliederzahlen haben unsere Zukunft bedroht.

Heute, Kolleginnen und Kollegen, können wir sagen: Wir haben den Trend gedreht!

Bei uns selbst und ich glaube, wir dürfen sagen, auch in der Gesellschaft.

Und, Kolleginnen und Kollegen,

ich glaube, wir fühlen alle:

Wir sind Teil einer weltweiten Bewegung für mehr Beteiligung und mehr Gerechtigkeit!

Mehr Beteiligung, mehr Mitsprache, mehr Gerechtigkeit, dieses Verlangen bricht sich auf der ganzen Welt Bahn.

Es hat phantasievolle Proteste in Spanien, Portugal, Chile, der Türkei und vielen anderen Ländern gegeben.

Im fußballbegeisterten Brasilien haben Hunderttausende protestiert.

„Der Riese ist erwacht!“ – mit diesem Ruf haben die Brasilianerinnen und Brasilianer ihren Widerstand auf die Straße getragen.

Darum können wir sagen:

Es gibt weltweit immer mehr Menschen, die wie wir, sich mit dem, was ist, nicht abfinden wollen.

Die gemeinsam, wie wir, nach gerechteren Wegen suchen, gemeinsam dafür demonstrieren.

Auch in Deutschland finden wir Gott sei Dank eine ganz andere gesellschaftliche Stimmung vor als noch vor zehn Jahren.

Die Große Koalition hat sicher noch nicht den „großen Wurf“ ausgehandelt, den wir brauchen.

Aber wir sind besser dran als mit der „Agenda 2010“ der SPD aus dem Jahr 2003.

Und es ist auch nicht der totale Marktradikalismus, auf den sich 2003 die CDU bei ihrem Leipziger Parteitag eingeschworen hatte.

Kolleginnen und Kollegen, dass wir besser dran sind, dazu haben wir – die Industrie Gewerkschaft Metall – in einem entscheidenden Maß beigetragen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben uns verändert, um erfolgreich zu bleiben – wir bauen auf den Erfolgen auf und entwickeln uns weiter.

Maßstab für unsere Konzepte sind die grundlegenden Ansprüche von Beschäftigten.

Was möchten die Menschen?

Arbeit sicher und fair für alle!

Sorgenfrei im Alter leben!

Eine gute Zukunft für unsere Kinder!

Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren!

Eine gerechtere und ökologischere Gesellschaft.

Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir streiten gegen Ungerechtigkeiten und Unfairness. National wie international.

„Es gibt nur etwas, das schlimmer ist als Ungerechtigkeit und das ist Gerechtigkeit ohne Schwert in der Hand!“ Das hat Oscar Wilde einmal gesagt.

Wir formulieren das heute weniger martialisch, wenn wir sagen: Die Mitgliederfrage ist die politischste aller Fragen!

Durchsetzungsstarke, weil mitgliederstarke Gewerkschaften, sind das Schwert, das für mehr Gerechtigkeit kämpfen kann.

Und damit dieses Schwert scharf bleibt, Kolleginnen und Kollegen, haben wir uns in den letzten Jahren verändert, wir haben uns verändert, um erfolgreich zu bleiben.

Wir haben uns mit Menschen solidarisch erklärt, die kaum einer beachtet hat.

Wir haben Leiharbeitskräfte in den Betrieben in die gewerkschaftlichen und betrieblichen Handlungsstrategien einbezogen.

Wir haben sie dort, wo sie arbeiten, organisiert.

Kern- und Randbelegschaft haben an einem Strang gezogen.

Und das gelebt, was uns wichtig ist: Solidarität!

Wir haben Druck gemacht auf Politik und Arbeitgeber: von ersten Besser-Vereinbarungen bis hin zu Branchentarifverträgen.

Wir haben deutliche Verbesserungen erreicht!

Und es ist uns gelungen, die Schmutzkonzurrenz der sich selbst christlich nennenden „Gewerkschaften“ zu verdrängen.

Sie haben sich inzwischen Gott sei Dank auf unseren Druck hin aus dem Tarifgeschäft in der Leiharbeit verabschiedet. Dazu sagen wir: Hoffentlich auf Nimmerwiedersehen!

Kolleginnen und Kollegen,

diesen Erfolg wollen wir bei den Werkverträgen wiederholen.

Alle Beschäftigtengruppen in unserem Organisationsbereich sollen von guten IG Metall Tarifverträgen und von guten Betriebsvereinbarungen profitieren.

Deshalb haben wir auch die Neugründung von Betriebsräten auf die Tagesordnung gesetzt. Mit Erfolg.

Die Zahl der neu gegründeten Betriebsräte hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Und deshalb bitte ich Euch: Lasst uns die Betriebsratswahlen im kommenden Jahr zu einer weiteren Offensive nutzen:

Keine weißen Flecken, keine Betriebe ohne Betriebsrat, kein Betrieb ohne Tarifvertrag und kein Betrieb ohne Demokratie.

Wir wollen aber nicht nur die Anzahl der Betriebe mit Betriebsrat erhöhen; wir wollen auch die Beschäftigtenstrukturen besser in den Gremien abbilden.

Wir haben neue Branchen, wie zum Beispiel die Windindustrie, durch unsere Organizing-Initiative erschlossen und gewerkschaftliche Strukturen aufgebaut.

Über 20 neue Betriebsratsgremien wurden dort gegründet. 150 Vertrauensleute erstmalig gewählt, Warnstreiks organisiert und Tarifverträge abgeschlossen. Nun gehört die Windbranche endlich zum Organisationsbereich der IG Metall.

Kolleginnen und Kollegen,

wir gewinnen immer mehr Frauen und Angestellte für unsere IG Metall!

Und ich bin besonders froh, dass immer mehr junge Menschen zu uns kommen!

Mit 222.000 Mitgliedern unter 27 Jahren ist die IG Metall die größte politische Jugendorganisation in Deutschland. Ist das nicht großartig?

Denn eines ist doch klar: Wer eine gute Zukunft haben will, braucht die Jugend!

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, wir haben mit viel Mühe und teilweise unter Schmerzen ein großes Reorganisationsprojekt durchgeführt.

Wir haben unsere Verwaltungsstellen gestärkt, denn wir wissen ja, sie ist die wichtigste Ebene für unsere Mitglieder.

Und mit den Mitteln unserer beiden Investitionsfonds haben wir bisher rund 200 neue Stellen für Gewerkschaftssekretärinnen und –sekretäre geschaffen.

Für Bereiche, in denen Menschen arbeiten, die bis jetzt kaum unter den Schutz und die Gestaltungskraft unserer Betriebs- und Tarifpolitik gefallen sind.

Wir wenden deshalb Instrumente an wie: Dialogmarketing und Rückholmanagement.

Und wir beschäftigen uns mit Personalentwicklung oder Geschäftsplänen.

Das war und ist kein Selbstzweck. Sondern das ist unser Handwerkszeug, um erfolgreicher zu sein.

Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Organisationsbereich die Chance auf ein gutes Leben und gute Arbeitsbedingungen haben.

Wir haben gerade in der Krise mit innovativen Ideen die Menschen überzeugt.

Die Abwrackprämie, die Regelungen zur Kurzarbeit – das waren wir!

Damit haben wir hunderttausende Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahrt.

„Gemeinsam für ein Gutes Leben“, „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“, „Arbeit: sicher und fair“, „Gute Arbeit – Gut in Rente“ oder“ Operation Übernahme“!

Wir haben mit unseren Kampagnen nicht nur Themen gesetzt.

Wir haben die schlechte Wirklichkeit verändert.

Kolleginnen und Kollegen: Wir haben die Republik bewegt!

Wir bleiben dabei: Es ist nicht alles gut, was Arbeit schafft.

Arbeit hat keine Würde, wenn die Menschen nicht von ihrer Arbeit ordentlich leben können.

Und Arbeit hat keine Würde, wenn die Menschen dafür keinen Respekt und keine Anerkennung bekommen!

Da stimmen alle überein in ihren Sonntagsreden, aber handeln, dass das Realität wird von Montag bis Freitag – dafür Kolleginnen und Kollegen, dafür sind wir da und das ist unsere Aufgabe.

Und wir wollen, dass die Menschen aufrecht, gesund und sorgenfrei in den Ruhestand gehen können.

Darum: Einheitsrente mit 67 - liebe Kolleginnen und Kollegen - Nein danke!

Damit werden wir uns nie abfinden!

Kolleginnen und Kollegen,
wir haben in den letzten Jahren begonnen, tarif- und betriebspolitisch Dinge zu regeln, an die sich die Politik nicht rantraut!

Ich meine nicht nur die Leiharbeit, sondern auch die Übernahme nach der Ausbildung!

Wir sind die Kraft für mehr Gerechtigkeit in diesem Land.

Deshalb und dafür sind unsere Mitgliederzahlen gestiegen in den letzten zwei Jahren – nach 20 Jahren Negativtrend!

Wir haben allein 60 000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von uns überzeugen können.

Ich kenne keine politische Kraft in diesem Land, die auch nur annähernd in der Lage wäre, Vergleichbares auf die Beine zu stellen.

Und darauf können wir alle stolz sein!

Darum müssen wir diesen Weg weitergehen!

Den Weg der Mitgliederorientierung, der Beteiligungsorientierung und der Konfliktorientierung.

Einen Weg, der unsere Werte erfahr- und erlebbar macht.

Und zwar vor allem dort, wo wir jeden Tag auf dem Prüfstand stehen: im Betrieb.

Im Betrieb zeigt sich, ob wir die Hoffnungen und Wünsche unserer Mitglieder erfüllen.

Dort zeigt sich unsere Glaubwürdigkeit!

Was wir in den Betrieben nicht hinbekommen, das werden wir auch in der Gesellschaft nicht durchsetzen.

Wir wollen, dass Beschäftigte sich organisieren.

Wir wollen, dass sie handeln.

Nicht Objekt sein, sondern selber handeln. Gemeinsam mit der IG Metall das Leben zum Besseren wenden.

Uns geht es um Emanzipation, nicht um Reklame!

Aus Ärger muss Hoffnung auf Veränderung werden und das müssen wir in kollektive Aktion übersetzen.

Wer etwas erreichen will, braucht Visionen und Stärke!

Und unsere Stärke sind unsere Mitglieder!

Und die gewinnen wir im Betrieb!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir wollen die Wirkung und Attraktivität der IG Metall noch mehr steigern, um unsere Organisation zukunftsfest zu machen.

Wir wollen die Kampagnenfähigkeit weiter steigern, damit wir die Gesellschaft weiter zum Guten verändern können.

Aber wir wissen auch:

- Wenn wir unseren gesellschaftspolitischen Anspruch weiter aufrechterhalten wollen und
- wenn wir die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten wollen,

geht das nur, wenn wir unsere Basis noch weiter ausbauen.

Der Stahlarbeiter in Duisburg gehört genauso zur IG Metall wie die Entwicklungsingenieurin in München.

Die Teilzeitbeschäftigte im Büro anzusprechen und zu organisieren, ist genauso notwendig wie den Schichtarbeiter am Band.

Wir brauchen den Werkvertragsbeschäftigten genauso wie den Stammbeschäftigten.

Und wir wollen die Jugend genauso wie die Beschäftigten, die kurz vor der Rente stehen.

Wir wollen die ganze Vielfalt erreichen, die sich heute in der modernen Arbeitswelt wiederfindet.

So behalten wir die Gesellschaft und ihre Veränderungen auch im Blick.

Wir agitieren nicht, sondern wir hören zu, was die Menschen bewegt.

Wir sind der Seismograph, der Erschütterungen in der Arbeitswelt aufspürt!

Und mit den Menschen gemeinsam handelt!

Das macht unseren Erfolg aus, deshalb haben wir viel erreicht.

Und jetzt wollen wir weitere Schritte gehen und neue Anker werfen in Bereiche der Gesellschaft, denen wir noch fremd sind.

Wir wollen ein starker Partner für alle Menschen sein, die mit uns für eine gerechte Gesellschaft kämpfen.

Wir wollen auch Menschen erreichen, die bislang vielleicht dachten: Ich brauche keine Gewerkschaft.

Ich möchte, dass wir stärker auf Menschen zugehen, von denen uns vielleicht jetzt noch einiges trennt.

Wir sind neugierig auf jene, die uns bisher noch nicht kennen.

Die werden wir ansprechen noch besser als früher.

Das sind viel mehr Menschen, als wir denken und auch viel mehr, als wir bisher kennen.

Bei uns können sich diejenigen verwirklichen, die mit Enthusiasmus und Einfallsreichtum ihre guten Ideen einbringen möchten.

Mit ihnen möchten wir an einen Tisch, mit ihnen möchten wir diskutieren und handeln.

Und natürlich sind wir besonders nah bei denen, die zum Beispiel

- Angst haben, dass sie nicht bis 67 arbeiten können.
- Wir sind bei denen, die die wachsenden Anforderungen am Arbeitsplatz nicht mehr mit dem privaten Leben vereinbaren können.
- Und bei denen, die zu wenig verdienen, um die steigende Miete noch zu bezahlen.

Kolleginnen und Kollegen, kurzum:

Wir sind an der Seite derer, die eine starke IG Metall brauchen!

Ja, der Weg, den wir gehen müssen, ist klar.

Denn immer noch befinden wir uns in einer Welt des Neoliberalismus.

Und „dieser Neoliberalismus ist unfähig, der Menschheit eine Zukunft in Würde und Demokratie anzubieten.“

So war im Januar 2005 die gemeinsame Botschaft von über 150 000 Menschen auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre.

Der Neoliberalismus hat keine Antworten auf die großen Menschheitsfragen:

Nicht auf den Klimawandel, nicht auf die Globalisierung, nicht auf den demografischen Wandel, nicht auf die Internationalisierung der Finanzmärkte und er hat keine Antwort auf den technologischen Wandel.

Der Neoliberalismus ist moderne Herrschafts-Ideologie von wenigen über viele.

Er ist die Blaupause für gnadenlose Dominanz der Märkte und die rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen.

Aber: Warum hat sich diese Ideologie so stark in unserer Gesellschaft verankert?

Ich glaube, weil seine marktschreierischen Versprechen Menschen schon verführen können.

Es klingt so leicht: Leistung muss sich wieder lohnen, privat vor Staat, mehr Netto vom Brutto, Aufstieg durch Leistung.

Und es suggeriert: Du kannst es schaffen, wenn Du es nur willst. Allein von Dir hängt es ab.

Kolleginnen und Kollegen, ich wundere mich nach wie vor, dass die Strahlkraft dieser Sätze noch so groß ist. Es hätte doch nach der Lehman Pleite 2008 klar sein müssen.

Ja, es müsste doch jedem klar sein, dass diese Sätze hohle Phrasen sind.

Es müsste doch klar sein, dass der Neoliberalismus ein Brandbeschleuniger des Schlechten ist.

Nicht nur hier sondern weltweit.

Deshalb müssen wir der Globalisierung des Kapitals eine Globalisierung der Gewerkschaftsbewegung entgegenstellen.

Ich möchte mit den Kolleginnen und Kollegen aus den großen Konzernen diskutieren, welche weiteren Schritte gegangen werden müssen, um ein Ausspielen der Standorte gegeneinander zu verhindern.

Denn weltweit stürzt der Neoliberalismus die Menschen in die Armut und lässt sie darin alleine.

Wir hören fast täglich mit Entsetzen die Meldungen aus Afrika:

Menschen fliehen verzweifelt aus ihrer Heimat, sie fliehen vor den menschenverachtenden Umständen. Sie machen sich auf den Weg ins Ungewisse, den sie oft mit ihrem Leben bezahlen.

Arbeiterinnen und Arbeiter in Bangladesch werden in baufällige Ruinen getrieben, damit große Konzerne T-Shirts für zwei Euro verkaufen können.

Im April dieses Jahres sind mehr als Elfhundert Menschen in einer dieser Todesfabriken verbrannt.

Arbeiter auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar sterben an Hitze und Ausbeutung.

Das ist unerträglich. Kolleginnen und Kollegen, wir werden weiterhin mit all unserer Kraft dafür kämpfen, dass sich das ändert.

Keine billige Kleidung, die unter solchen Bedingungen produziert wird, keine Fußball-WM, die über Leichen geht.

Kolleginnen und Kollegen, die Würde des Menschen ist unantastbar. Der schlichte Anstand gebietet es, diese Missstände anzuprangern und gegen sie aufzustehen.

Und das ist ja nur die Spitze des Eisberges.

Auch in Deutschland arbeiten nach wie vor Menschen in schlimmen Verhältnissen und zu Hungerlöhnen.

Und solche Zustände haben wir leider auch in unserem insgesamt gut geregelten Organisationsbereich:

Der Tod der zwei rumänischen Arbeiter auf der Meyer-Werft hat uns tief erschüttert.

Und ich sage all denen Dank, die als Konsequenz aus dieser Tragödie einen Tarifvertrag gegen Ausbeutung durchgesetzt haben.

Kolleginnen und Kollegen,

diese Auswüchse der neoliberalen Ära müssen überwunden werden. Das ist eine der zentralen Aufgaben von Gewerkschaften im 21. Jahrhundert.

Wenn wir die Zukunft gestalten wollen, können wir nicht zurück in die Vergangenheit.

Wir brauchen neue Gedanken als Gegenentwurf zur unmenschlichen Glaubenslehre des Neoliberalismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften daran arbeiten.

Denn es wird Zeit ein neues Kapitel der sozialen Marktwirtschaft zu schreiben.

Kolleginnen und Kollegen,

es handelt von der progressiven Modernisierung unseres Sozialstaats.

Uns leitet dabei das Bild eines aktiven Staates. Eines Staates, der sich selbst die Mittel gibt, das Gemeinwohl wirksam zu verfolgen.

Grundlage dieses aktiven Staates ist ein kooperativer Ansatz, der zwangsläufig mit einer Stärkung der Rechte von Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften verbunden sein muss.

Es geht darum, mit radikalem Realismus einen Gegenentwurf zur Totalität des Marktes zu beschreiben.

Der moderne Sozialstaat muss selbstverständlich seine Schutzfunktion erfüllen.

Und das viel besser als heute!

Er muss materielle Sicherheit bieten und Lebensleistungen achten.

Die jetzige Ignoranz des Sozialstaates gegenüber der Lebensleistung seiner Bürger ist nicht zu akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Alle Menschen haben einen berechtigten Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und eine menschenwürdige Existenz.

Kolleginnen und Kollegen,

Armut durch materielle Unterstützung zu lindern, ist das eine.

Aber Politik und Wirtschaft haben die Aufgabe, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen. Der Staat darf doch kein Reparaturbetrieb sein.

Wir brauchen deshalb einen aktiven Staat.

Einen Staat, der vorsorgt und ermöglicht und damit die Chancen für ein gutes Leben schafft.

Das „Gute Leben“ bedeutet für uns als IG Metall mehr als nur eine ausreichende Ausstattung mit Gütern.

Unser Modell orientiert sich an den Ideen des Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen.

Er macht den Grad des persönlichen Wohlergehens vor allem an den Verwirklichungschancen fest.

Zu diesen Chancen gehört neben einem ausreichenden Einkommen auch der Zugang zu Bildung, zu Wohnraum und zu einem funktionierenden Gesundheitssystem.

Und auch – das ist ebenso wichtig – die Möglichkeit einer demokratischen Beteiligung in der Gesellschaft und der Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

Es geht also nicht nur um materielle Grundsicherung, sondern es geht darum, Kolleginnen und Kollegen, dass Menschen die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen von einem guten Leben tatsächlich verwirklichen zu können.

Das ist unsere Vorstellung von einem aktiven und vorsorgenden Staat.

Das ist ehrgeizig – ich weiß.

Aber ich möchte in einem Land leben, dass sich nicht nur Exportweltmeister nennt.

Warum sollten wir nicht auch

- zum Wohlstandsweltmeister,
- zum Lebensqualitätsweltmeister,
- und zum Bildungs- und Gerechtigkeitsweltmeister werden?

Dafür brauchen wir diesen aktiven Investivstaat.

Er organisiert die besten Chancen und Bedingungen

- in der Kita,
- in der Schule,
- in der Ausbildung,
- in der Familienzeit,
- im Berufsleben,
- im Ruhestand

Der aktive Sozialstaat bietet hier ein umfassendes Hilfs- und Unterstützungsinstrumentarium an.

Für Jede und Jeden!

In jeder Lebensphase.

Der Sozialstaat, den wir brauchen, ermöglicht sozialen Aufstieg.

Ziel muss es sein, alle Begabungen und Talente zu fördern und das von Anfang an.

Kolleginnen und Kollegen,
deshalb brauchen wir einen massiven Ausbau von Betreuungsangeboten.

Seit August hat jedes Kind ab einem Jahr Anspruch auf einen Betreuungsplatz.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen aber weit auseinander, das wissen wir!

Alleine im Westen der Republik fehlen knapp 200.000 Betreuungsplätze.

Und klar ist doch: Je besser eine vorschulische Bildung organisiert ist, desto eher können Eltern ihre Ansprüche nach Vereinbarkeit von Arbeit und Leben umsetzen.

Und je früher eine vorschulische Erziehung beginnt, desto eher können wir die sozialen Herkunftsunterschiede ausgleichen.

Das ist doch alles überfällig!

Kolleginnen und Kollegen,
wir treffen im Bildungssystem auf eine knallharte Klassengesellschaft.

Sage mir, den Schulabschluss deiner Eltern und ich sage Dir, wo Du landest.

Nirgendwo in Europa ist das Schulsystem so undurchlässig, der Wechsel zwischen den Schulformen so schwierig wie in Deutschland.

Und deshalb landen hier jedes Jahr fast 300.000 junge Menschen in staatlich finanzierten Warteschleifen.

Besonders dramatisch ist die Situation dann für junge Schulabbrecher, die keinen deutschen Pass haben.

Das ist eine Katastrophe.

Deutschland ist Champion auf dem Weltmarkt und unterste Liga in der Bildung.

Bitte lasst uns diesen Wahnsinn stoppen!

Wir brauchen keine Bildungsreform, sondern eine Bildungsrevolution!

Deshalb ist der Titel unserer Jugendkampagne genau richtig: „Revolution Bildung“!

Übrigens: Ich bin mir sicher, so wie bei „Operation Übernahme“ wird unsere IG Metall-Jugend hier zigtausende junge Menschen mobilisieren.

Wir alle zusammen werden alles dafür tun, dass der kommende Aktionstag am 20. September 2014 ebenso großartig wird wie der 1. Oktober 2011 in Köln.

Kolleginnen und Kollegen,
und klar ist doch: Bildung ist auch das Instrument, um den Fachkräftebedarf für die Zukunft zu sichern.

Wie soll das denn gehen, wenn jedes Jahr 60.000 Schüler die Schule ohne einen Abschluss verlassen?

Wenn nur knapp 22 Prozent der Betriebe ausbilden?

Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag im Jahr 2012 mit 551.000 auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Das kann so nicht bleiben, da muss was unternommen werden.

Ich kann nur hier und heute die Bundesregierung auffordern, einen „Pakt zur Fachkräftesicherung“ zu organisieren.

An dem würden wir uns selbstverständlich gerne beteiligen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Sozialstaat, der die Lebenschancen und die Teilhabe im Blick hat, für den muss Gleichstellung von Frauen und Männern selbstverständlich sein – aber davon sind wir noch weit entfernt:

Wir brauchen noch stärkere Bemühungen bei der Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt genauso wie wir die Frauenquote in Führungspositionen brauchen.

Es muss einen gesetzlichen Anspruch für Frauen und Männer geben, nach einer Teilzeit-Phase wieder in Vollzeit zurückkehren zu können.

Und zwar dann, wenn sie das wünschen!

Wir brauchen ein Entgeltgleichheitsgesetz.

An uns selbst gerichtet sage ich: Wir müssen daran arbeiten, dann ein solches Gesetz mit unseren betrieblichen Instrumenten zu unterstützen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zu einem Sozialstaat der Lebenschancen gehört auch eine faire Rentenpolitik.

Wir wollen das gesetzliche Rentenniveau verteidigen und ausbauen.

Unser Ziel ist klar: Die gesetzliche Rentenversicherung muss in eine Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden, in die alle Berufsgruppen einzahlen – also auch Beamte und Selbstständige.

Wenn wir an die Arbeitswelt der Älteren denken, denken wir zuerst an Rentenkürzungen und die „Rente ab 67“.

Wir bleiben dabei, die „Rente ab 67“ ist ein historischer Fehler!

Sie ist weder gerecht, noch passt sie zu den Anforderungen eines differenzierten Arbeitsmarktes.

Wer nach über vierzig Jahren harter Arbeit einfach nicht mehr kann, muss zu angemessenen Bedingungen aus dem Berufsleben ausscheiden dürfen!

Darum fordern wir flexible Wahlmöglichkeiten statt einer starren „Einheitsgrenze 67“.

Wir stehen für den abschlagsfreien Rentenzugang für Versicherte mit langen Versicherungszeiten.

Wir stehen für die Weiterführung der Altersteilzeit.

Wir streiten für einfachere Zugänge zur Erwerbsminderungsrente und eine bessere Grundsicherung.

Und wir stehen für Arbeitsbedingungen, die so gestaltet sind, dass die Menschen gesund in Rente gehen können.

Der Ökonomisierung aller Lebensbereiche stellen wir das Bild des selbstbestimmten Bürgers am Arbeitsplatz entgegen. Wir haben in Gesellschaft und Betrieb nicht zu viel, sondern zu wenig Mitbestimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
so ein Staat der Lebenschancen geht aber nur, wenn die Welt der Regierenden und die der Wählerinnen und Wähler nah beieinander ist, Aber noch nie war die Distanz so groß wie heute.

Die Partei der Nichtwähler ist mit die größte Partei.

Viele Menschen gehen deshalb nicht zur Wahl, weil die Themen ihrer Lebenswelt in der Politik keine Rolle spielen.

Dass ihre Lebenswelt eine geringe Rolle spielt, erfahren Menschen auch bei den großen Themen im Betrieb.

Beschäftigte wollen nicht nur mitbestimmen, wenn es um die Farbe der Tapete in der Kantine geht.

Sie wollen vor allem über ihre wirtschaftliche Zukunft und die Gestaltung ihrer Arbeit mitbestimmen.

Eine umfassendere Mitbestimmung würde dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre Interessen in unternehmerische Entscheidungsprozesse wirkungsvoller einbringen könnten.

In einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten auch ein Schutz gegen Lohnsenkung und Arbeitsplatzvernichtung.

Aber vor allem:

Demokratie in einer Gesellschaft ist erst dann vollständig und lebendig, wenn auch Demokratie im Betrieb herrscht.

Kolleginnen und Kollegen,

„Die beste Kur für Probleme der Demokratie ist mehr Demokratie.“

Dieser einfache Satz des Wissenschaftlers John Dewey ist so prägnant wie richtig.

Ja, es ist an der Zeit, die Mitbestimmung auszubauen.

Und wie sinnvoll Mitbestimmung ist, das haben wir während der Krise eindrucksvoll gezeigt!

Daher fordern wir selbstbewusst mehr Mitbestimmung in Deutschland. Ja, das wird eine harte Debatte: aber sie ist überfällig!

Wir brauchen eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung,

- ganz besonders bei Sanierungskonzepten,
- bei Betriebsänderungen,
- bei Beschäftigungssicherung,

- bei Leiharbeit, Werkverträgen und Outsourcing, um nur einige Punkte zu nennen.

Darüber hinaus ist es notwendig, die kollektiven Mitbestimmungsrechte durch stärkere individuelle Beteiligungsmöglichkeiten zu ergänzen.

Es sollte selbstverständlich sein, Betroffene zu Beteiligten zu machen.

Und es ist dumm, es nicht zu tun: In der heutigen Wissensgesellschaft sollte sich niemand erlauben, auf die Beteiligung der Menschen zu verzichten.

Es braucht die Ideen und Vorschläge von vielen, um die komplexen Fragestellungen gut zu lösen.

Und vor allem:

Entscheidungen,

- die alle Beschäftigte eines Betriebes,
- eines Industriezweiges,
- vielleicht sogar das ganze Land betreffen,

dürfen nicht allein Sache der Kapitaleigner oder eines kleinen Kreises von Managern sein.

Wir brauchen auch erweiterte Rechte für Gewerkschaften.

Die Zeit für ein Verbandsklagerecht ist überfällig.

Es kann einzelnen Beschäftigten oft nicht zugemutet werden, ihre Rechte in langwierigen Prozessen persönlich einzufordern.

Sie werden oft in quälende Auseinandersetzungen getrieben, die die eigene Existenz bedrohen.

Und wir brauchen erweiterte Rechte bei der Unternehmensmitbestimmung kleinerer und mittlerer Betriebe:

Demokratie in der Arbeitswelt darf sich nicht an der Beschäftigtenzahl orientieren.

Ich habe es nie verstanden, wieso die 76er-Unternehmensmitbestimmung erst bei 2.000 Beschäftigten gelten soll.

Demokratie gibt es ja auch nicht nur in Staaten mit mindestens 100 Millionen Einwohnern.

Das alles werden wir im kommenden Herbst auf einer großen Mitbestimmungskonferenz diskutieren.

Ich sage deutlich: Wir haben nicht zu viel Mitbestimmung, sondern zu wenig.

Und deshalb stellen wir der Ökonomisierung aller Lebensbereiche das Bild des selbstbestimmten Bürgers am Arbeitsplatz entgegen.

Deutschland ist gut aus der Krise gekommen, dennoch sind wir für eine erfolgreiche Zukunft nicht gut genug aufgestellt und bleiben unter unseren Möglichkeiten.

Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Bundestagswahlkampf wurde uns erzählt: Es geht uns gut. Und dass das auch so bleiben wird, wenn wir so weiter machen wie bisher.

Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit.

Ja, im Vergleich zu anderen Ländern in Europa geht es uns ganz gut.

Aber: Wir sollten uns nicht am Schlechten messen.

Das stärkt doch nur die Anspruchslosen und schwächt die, die wissen, dass es noch viel besser gehen kann - und muss!

Und es muss vieles besser werden.

Wenn wir ein neues Kapitel der sozialen Marktwirtschaft schreiben wollen, muss Deutschland sehr viel mehr in seine Zukunft investieren!

Wir müssen uns fragen: Wollen wir zukünftigen Generationen

- kaputte Straßen und Brücken,
- marode Schulen,
- überfüllte Universitäten,
- zu wenig Pflegekräfte,
- veraltete Infrastruktur

hinterlassen?

Ich sage ganz deutlich:

Wir laufen nicht so sehr Gefahr, Schulden aufzubauen, die künftige Generationen begleichen müssen.

Die Gefahr liegt eher darin, dass wir künftigen Generationen eine verkorkste Infrastruktur hinterlassen und ihnen so die Grundlagen entziehen, im globalen Wettbewerb wirtschaftlich bestehen zu können.

Und wie wird dieses Erbe für kommende Generationen noch desaströser? Dann, wenn wir viel zu wenig in

- den Umweltschutz,
- die Energiewende,
- Weiterbildung,
- Kinderbetreuung,
- Bildung, Forschung und Entwicklung

investieren!

Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote sinkt schon seit 40 Jahren.

In den 70er Jahren lag sie noch bei 23 Prozent. Heute liegt sie bei 17.

Wir fordern nicht nur mehr Investitionen durch den Staat, sondern auch durch Unternehmen.

Denn trotz steigender Kapitaleinkünfte und Rekordgewinnen fällt die Investitionsquote auch hier seit Jahrzehnten.

Wir erwarten, dass die Unternehmen, die gute Gewinne erzielen, auch in ihre und unsere Zukunft investieren.

Wir werden unseren Spitzenplatz in der Weltwirtschaft nur verteidigen, wenn wir uns auf das besinnen, was die Produktion in Deutschland bisher stark gemacht hat:

- Facharbeit, eine enge Kooperation von Engineering und Produktion, innovative Produkte und Produktionsprozesse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unsere Leitbilder haben wir formuliert: Besser - statt - billiger!

Ganz zentral dabei sind Investitionen in die ökologische Erneuerung der Industrie.

Es geht um eine tiefgreifende Transformation industrieller Strukturen.

Für unsere globale Weltgemeinschaft brauchen wir ein neues – CO2 ärmeres, ressourcenproduktiveres - Industriemodell.

Gelingt es uns nicht, den CO2 Ausstoß zu reduzieren, dann wissen wir, droht eine globale Katastrophe.

Deutschland, mit seiner großen Tradition wissenschaftlich-technischer Innovationen und ökologischer Verantwortung muss in diesem Umbauprozess eine Schlüsselrolle spielen.

Viele Unternehmen haben sich gut positioniert, um Vorreiter auf wichtigen grünen Märkten zu sein.

Aber durch die aktuelle Chaospolitik der Bundesregierung werden Innovationen zurückgefahren verzögert oder in Frage gestellt, Standorte geschlossen und tausende Arbeitsplätze abgebaut.

Wir brauchen endlich einen Masterplan, damit die Energiewende zu einem Erfolg wird.

Für unsere Kernbranchen ist es von existenzieller Bedeutung, dass diese großen gesellschaftlichen Umbauprojekte gelingen.

Kurzum: die Energiewende ist für den Innovationsstandort Deutschland eine große Chance.

Auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

Lasst uns alles daran setzen, dass das gelingt!

Zu große Ungleichheiten in einer Gesellschaft hemmen den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg.

Kolleginnen und Kollegen,
um zu mehr Investitionen zu kommen, sollten wir zuallererst mit einem großen Mythos aufräumen.

Dieser Mythos besagt: Je höher Gewinne und Vermögen, desto mehr wird investiert.

Das Gegenteil ist der Fall!

Der Neoliberalismus hat zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt – mehr investiert wurde nicht!

Das private Nettovermögen ist seit 1991 von rund 4,5 Billionen auf mehr als elf Billionen Euro gestiegen.

Aber mit der Verteilung stimmt was nicht: Die 13.000 reichsten Familien besitzen etwa so viel wie die ärmsten 20 Millionen Familien – 13.000 – 20 Millionen.

Und ein Großteil der Vermögen und Gewinne landet auf den internationalen Finanzmärkten.

Laut DIW haben deutsche Anleger durch Auslandsinvestitionen zwischen den Jahren 2006 und 2012 etwa 600 Milliarden Euro verloren.

Das sind 22 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Das Geld, das von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwirtschaftet worden war, wurde also sinnlos verbrannt.

Man kann sich ganz leicht vorstellen, welchen Wohlstands- und Wachstumseffekt dieses Geld bei sinnvollen Investitionen in Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Stärkung der allgemeinen Kaufkraft gehabt hätte.

So was muss ein Ende haben!

Ich habe neulich gelesen, dass für den Schatzmeister Ludwigs XIV die Kunst der Besteuerung darin bestand, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn bei möglichst wenig Geschrei erhält.

Heute, 350 Jahre später, wäre er mit seiner Kunst am Ende gewesen.

Denn heute schreien die fetten Gänse schon, wenn ihnen auch nur eine Feder genommen wird.

Viele Reiche wollen, trotz pfleglicher Behandlung, nichts mehr abgeben.

Kolleginnen und Kollegen,
die Umverteilung von Unten nach Oben muss gestoppt werden.

Die staatliche Reichtumspflege muss ein Ende haben!

Die Vermögenden unserer Gesellschaft müssen sich endlich angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen.

Kolleginnen und Kollegen,

steigende soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft hemmt ihren wirtschaftlichen und sozialen Erfolg!

Darauf haben namhafte Ökonomen und Politiker in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen.

Das hat der Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz gesagt, das hat Robert Reich, der ehemalige Arbeitsminister der Clinton Regierung gesagt -

nur in Deutschland ist das noch nicht so richtig angekommen.

Dabei ist Deutschland das Land, in dem seit dem Jahr 2000 Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen haben als in jedem anderen OECD Land. Das ist doch widersinnig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die zunehmende Ungleichheit hat ihre Basis in der Verteilung der Wohlstandsgewinne zwischen Kapital und Arbeit.

Die Lohnquote ist geschrumpft, die Gewinnquote gestiegen.

Während bis in die 80er Jahre die Nettolohnquote zwischen 50 und 55 Prozent lag, ist sie jetzt auf unter 45 Prozent gesunken.

Umgekehrt ist die Nettogewinnquote um ca. 10 Prozent gestiegen.

Was ist da passiert liebe Kolleginnen und Kollegen?

in den 90er Jahren hat die bundesdeutsche Gesellschaft eine neue Erfahrung gemacht.

Es gab Wachstum, aber dieser Wohlstand kam nicht mehr bei allen an.

Und dies gilt nicht nur für die ganz unten.

Und das ist auch heute noch so: Wachstum kommt auch immer weniger bei den Normalverdienenden an. Und die Politik hat das befördert.

Arbeitseinkommen werden heute weit stärker als Kapitaleinkommen steuerlich belastet.

Kolleginnen und Kollegen, darum muss ein neues Kapitel der sozialen Marktwirtschaft die Umverteilung von Unten nach Oben beenden.

Und damit die Finanzierung unseres Gemeinwesens wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt drei große Bremsklötze für die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in Deutschland:

1. der viel zu hohe Anteil an Niedriglöhnern und prekärer Beschäftigten,
2. die zurückgehende Tarifbindung,
3. die auch im internationalen Vergleich viel zu niedrigen Entgelte im klassischen Dienstleistungsbereich.

Dadurch wurde die Primärverteilung zuungunsten der Beschäftigten geändert. Und diese Entwicklung ist eine echte Bedrohung für den Sozialstaat, der als Reparaturbetrieb dieser ungerechten Verteilung überfordert ist.

Es ist doch ein Skandal, dass wir 10 Milliarden im Jahr bezahlen nur weil es erlaubt ist, Menschen für 5 Euro arbeiten zu lassen!

Die Politik ist schuld an dieser Entwicklung:

Sie hat diesen Niedriglohnsektor geschaffen, Leiharbeit verdreifacht und Minijobs in Millionenhöhe etabliert.

Wenn wir dieser Entwicklung eine andere Richtung geben, wird der Sozialstaat von Subventionen unzureichender Einkommen entlastet.

Mittel wären frei, um aus einem passiven Reparaturstaat einen vorsorgenden Staat zu machen, der aktiv Investitionen und Innovationen vorantreibt.

Und deswegen ist die Neuordnung des Arbeitsmarktes mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen so wichtig für unser Land.

Das Normalarbeitsverhältnis ist der zentrale Hebel für eine gerechtere Verteilung.

Wir brauchen die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns, mindestens in Höhe von 8,50 Euro – jetzt!

Die Leiharbeit muss zurückgedrängt werden und der Missbrauch der Werkverträge gestoppt werden.

Die sachgrundlose Befristung muss weg!

Kolleginnen und Kollegen,
wir wollen ein Verbandsklagerecht bei Gesetzes- und Tarifverstößen.

Zudem muss das Tarifsysteem stabilisiert werden.

Geeignete Maßnahmen dazu wären: Die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Stärkung des Tariftreue- und des Entsendegesetzes.

Kurzum:

Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt!

Kolleginnen und Kollegen,
aber auch wir sind gefordert.

Um die Herausforderung der nach wie vor zurückgehenden Tarifbindungen bewältigen zu können, brauchen wir noch bessere gewerkschaftliche Strukturen.

Tarifbindung schaffen wir nur mit gut organisierten und durchsetzungsfähigen Belegschaften.

Und durchsetzungsfähige Belegschaften sind eine Voraussetzung dafür, dass wir endlich die Lebensverhältnisse im Osten Deutschlands denen im Westen angleichen können.

Darum werden wir die Erschließung neuer Betriebe und ganzer Branchen vorantreiben.

Aber ohne handlungsfähige Arbeitgeberverbände sind wir da schnell mit unserem Latein am Ende.

Dann wird es kaum möglich sein, flächendeckend Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Darum erwarten wir von den Arbeitgeberverbänden, dass sie die OT-Mitgliedschaften nicht fördern, sondern aufgeben.

Wir erwarten, dass sie sich genauso wie wir es tun, um Mitglieder bemühen und dadurch die Tarifbindung stärken.

Kolleginnen und Kollegen,

Arbeitgeber und Arbeitgebervertreter, die nicht bereit sind, Tarifverträge abzuschließen, gefährden die Tarifautonomie, unsere verfassungsrechtliche Ordnung und damit auch unserern zukünftigen Wohlstand.

Wir brauchen einen neuen gewerkschaftlichen Betriebsbegriff.

Wenn ich genau nachdenke, dann gibt es drei Bereiche, an denen wir selber noch nachlegen könnten:

1. Nicht in allen Branchen sind wir so stark organisiert wie bei Metall/Elektro oder in der Stahlindustrie.
2. Und selbst in diesen gut organisierten Kernbereichen sinkt leider die Tarifbindung.
3. Durch Outsourcing haben wir einen Teil unserer Beschäftigten tarif- und organisationspolitisch gewissermaßen „verloren“!

Um das zu verändern, müssen wir unsere eigenen Anstrengungen weiter verstärken.

Wir haben uns schon auf den Weg gemacht, diese offenen Punkte anzupacken.

Wir werden weiter darum kämpfen, möglichst viele Betriebe in die Tarifbindung zu holen oder zurückzuführen.

Wir werden dabei um jede Branche und um jeden Betrieb kämpfen müssen.

Kolleginnen und Kollegen,

ganz besonders geht es zurzeit um die Frage: Was machen wir tarifpolitisch bei den Werkverträgen?

Sie werden ja missbraucht, um bestehende Regulierungsmechanismen zu umgehen,

- weiter Lohndumping zu betreiben,
- Belegschaften zu spalten
- und betriebliche Mitbestimmung auszuhöhlen.

Und wir wissen, dass morgens 10.000 Menschen durchs Werkstor gehen, aber davon nur noch 5.000 Beschäftigte des ursprünglichen Unternehmens sind.

Immer mehr Fremdfirmen übernehmen durch Dienst- und Werkverträge, also Aufgaben, die ursprünglich Teil der Wertschöpfung im Betrieb waren.

Aus Personalkosten sind Sachkosten geworden, Kolleginnen und Kollegen, ist keine Arbeit da, werden die Sachkosten nicht mehr weiterbeschäftigt.

Es gibt in Firmen Beschäftigte erster, zweiter und dritter Klasse.

Es gibt keinen Betriebsrat, keinen Tarifvertrag, keine Demokratie.

Im Klartext:

Die IG Metall, die Betriebsräte und die Vertrauensleute sind oft nur noch für die Hälfte der Welt zuständig.

Ich sage ganz klar:

Wenn es kurzfristige Produktionsspitzen gibt, hat die IG Metall kein Problem mit dem Einsatz von Dienstleistern oder Werkverträgen.

Die IG Metall hat auch kein Problem mit den traditionellen Zulieferketten - wenn beispielsweise Bosch in Stuttgart Teile an Daimler oder Porsche liefert.

Wir sind aber entschieden dagegen, wenn outgesourct wird, um Tarifverträge zu umgehen oder niedrigere Löhne durchzudrücken

und wir sind ebenso entschieden dagegen, wenn das Beschäftigungsrisiko komplett auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert wird.

Die IG Metall hat nichts Grundsätzliches gegen externe Flexibilität, wenn sie mitbestimmt und geordnet abläuft.

Ordnung bedeutet für uns:

Es gibt IG Metalltarifverträge in den Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben, die eine anständige Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen garantieren.

Wir erwarten nicht, dass jeder Dienstleister in den Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie aufgenommen wird.

Aber klar muss sein: Wir brauchen IG Metall-Tarifverträge entlang der Wertschöpfungskette für unsere Produkte in unseren Industrien. Nur so sichern wir unser erfolgreiches kooperatives Industriemodell.

Wenn wir hier nicht handeln, dann tun das vielleicht andere. So wie bei der Deutschen Bahn oder Lufthansa.

Wenn schon nicht „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag“ dann mindestens „Eine Wertschöpfungskette – ein Tarifvertragssystem – eine IG Metall“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir brauchen einen gewerkschaftlichen Betriebsbegriff, der über die gegenwärtige Buchstabenabfolge des Betriebsverfassungsgesetzes hinausgeht.

Wir können nicht so tun, als ob wir in einer heilen Tarifwelt leben, wenn wir genau wissen, dass ein Teil draußen steht.

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Organisationsbereich müssen von sich sagen können: Ich habe einen Tarifvertrag der IG Metall!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
und dafür werden wir etwas tun!

Das wollen auch unsere Mitglieder: Sicherheit und gute Regelungen sind unseren Mitgliedern wichtig.

Das war ja auch eine der Hauptbotschaften unserer Beschäftigtenbefragung.

Mehr als 500 000 Menschen haben uns gesagt, was ihnen wichtig ist und welche Vorstellung sie von einer gerechten Arbeitswelt haben.

Sie wollen eine neue Balance zwischen den Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen und ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen.

Sie wollen, dass ihre Flexibilitätswünsche gleichberechtigt neben den betrieblichen Anforderungen stehen.

Einer der zentralen Flexibilitätswünsche der Beschäftigten ist die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.

Insbesondere diejenigen, die Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen, wollen einen verlässlichen Arbeitszeitrahmen, um ihre Arbeit mit den außerbetrieblichen Anforderungen und Wünschen in Einklang zu bringen.

Von ganz besonderer Bedeutung ist den befragten Beschäftigten auch die Weiterbildung.

Sie wollen, dass sie individuell gefördert werden.

Vorhandene Barrieren, die dem Erwerb qualifikationserhaltender oder neuer Kompetenzen entgegenstehen, müssen beseitigt werden.

Außerdem wollen die Menschen alters- und altersngerecht arbeiten können.

Die Befunde der Beschäftigtenbefragung unterstreichen die Bedeutung des demografischen Wandels als wichtiges gewerkschaftliches Zukunftsthema.

Darum brauchen wir in der Arbeits-, Leistungs- und Arbeitszeitpolitik weitere gesundheitsförderliche und altersngerechte Regelungen.

Und nicht zuletzt sprechen sich die Beschäftigten deutlich für flexible Ausstiegsmöglichkeiten am Ende des Erwerbslebens aus.

Unsere Aufgabe ist es nun in den kommenden Monaten Konsequenzen für unsere kurz- und mittelfristige Tarifpolitische Strategie zu finden.

Wir wollen ein demokratisches und solidarisches Europa.

Kolleginnen und Kollegen,
und jetzt noch ein Punkt:

Vor wenigen Wochen ist endlich ein Spuk vor dem Europäischen Gerichtshof beendet worden.

Gott sei Dank: Das VW-Gesetz bleibt und das ist gut so!

Diese Posse war ein Paradebeispiel dafür, in welchem traurigem Zustand sich die Europäische Union befindet.

Geklagt vor dem Europäischen Gerichtshof hat nämlich die Europäische Kommission.

Ein erfolgreiches Mitbestimmungsmodell für hunderttausende Beschäftigte wird von einem der wichtigsten europäischen Gremien vor den Kadi gezerrt.

Solche Aktionen, Kolleginnen und Kollegen, die sind vollkommen widersinnig.

Sie sind direkt gegen die Interessen von hunderttausenden europäischen Bürgerinnen und Bürger gerichtet.

Europa, das ist anscheinend das Spiel der freien Märkte und einer gnadenlosen Wettbewerbslogik.

Begründet wird bürokratisch und die Ideologie dahinter ist neoliberal.

Kolleginnen und Kollegen,
das ist nicht das Europa, das die Menschen wollen.

Leider setzt sich diese absurde Politik der Euro-Bürokraten bei der Bewältigung der Finanzkrise nahtlos fort.

Aus der Krise der Banken und der Staatsschulden ist auch eine Krise der demokratisch legitimierten Institutionen geworden.

Und nicht nur das, auch inhaltlich ist der Weg völlig falsch.

Von den 207 Milliarden Euro, die bisher an Hilfskrediten nach Athen überwiesen wurden, kamen 160 Milliarden Euro direkt den Banken und Kapitalanlegern zugute.

Von den knapp 47 Milliarden, die tatsächlich im griechischen Staatshaushalt gelandet sind, hat man gleich 35 Milliarden direkt als Zinszahlungen an die Besitzer von Staatsanleihen weitergeleitet.

Gleichzeitig werden die Menschen in Griechenland und anderen europäischen Ländern mit einer brutalen Kürzungspolitik traktiert.

So bringt die Diktatur der Finanzmärkte die Demokratie und somit Frieden in Gefahr.

So hilft man den Menschen nicht, Probleme in ihrem Land zu lösen.

So wird nur die Idee eines demokratischen Europa der Menschen über Bord geworfen.

Ich meine: Wir müssen uns mit aller Kraft dagegen stemmen. Das hat Europa nicht verdient! Und das haben vor allem die Menschen, die davon betroffen sind, nicht verdient!

Und darum haben unsere Kolleginnen und Kollegen, die in diesen Ländern gegen diesen Irrsinn kämpfen und demonstrieren, unsere uneingeschränkte Solidarität.

Kolleginnen und Kollegen,
es ist jetzt schon absehbar, wer die politischen Profiteure dieser unseligen Entwicklung in Europa sein werden.

Es sind Reaktionäre, aggressive Nationalisten und sogar gewalttätige Faschisten.

In Frankreich zieht Frau Le Pen mit ihrer „Nationalen Front“ über das Land.

In Griechenland jagen Anhänger einer Nazi-Partei Flüchtlinge durch die Straße.

Unser junger Metallgewerkschafts-Kollege Pavlos Fyssas, der sich diesem Treiben entgegen gestellt hat, wurde auf offener Straße zu Tode geprügelt.

Deshalb sagen wir: Wehret den Anfängen! Kein Fußbreit den Faschisten und Populisten - ganz egal wo!

Und wir sagen:

Die große europäische Vereinigungs-Idee darf von Technokraten und Marktradikalen, die gegen die Interessen der Menschen handeln, nicht zerstört werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir sind überzeugt: Die Mehrheit der Menschen will ein demokratisches und soziales Europa.

Das Europäische Parlament muss mehr Rechte erhalten.

Nicht die Europäische Kommission.

Die europäische Politik muss die sozialen Grundrechte der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen.

Nicht die Einlagen reicher Anleger und Steuerflüchtlinge.

Haushaltskürzungen verschärfen die Rezession, Sozialabbau stürzt die Menschen in Südeuropa in Elend und Not.

Fast 20 Millionen Menschen in der Union sind arbeitslos.

Neun Millionen Jugendliche stehen ohne Hoffnung auf der Straße.

40 Millionen leben unterhalb der Armutsgrenze und sind auf Lebensmittelhilfen angewiesen.

Es ist menschenverachtend, wenn weiter auf dem Rücken der Beschäftigten, Arbeitslosen, der Kranken und Alten gekürzt wird.

Wir brauchen Investitionen in Arbeit, Umwelt, Gesundheit und Bildung.

Wenn schon junge Leute Europa vor allem mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Verbindung bringen, dann hat dieses Europa keine Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir tragen diese Forderungen schon lange vor. Bisher hat sich viel zu wenig bewegt.

Vor allem die Jugend Europas dürfen wir nicht ihrem Schicksal überlassen!

Deshalb schlage ich vor, dass wir einen Beitrag leisten und Flagge zeigen.

Wäre es nicht schön, wenn es uns gelänge, eine „europäische Bürgerinitiative für ein sozialeres und gerechteres Europa“ zu starten.

Die IG Metall lädt alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen in Europa ein, sich an dieser Initiative mit Ideen zu beteiligen.

Es wäre schön, wenn wir ein breites Bündnis schmieden könnten.

Der demografische Wandel, die Energie-, Industrie- und die Verkehrspolitik – all diese Probleme lassen sich doch nicht in nationalen Alleingängen bewältigen.

Wir brauchen dafür gemeinsame Konzepte.

- Wer zurück will zur nationalen Währung,
- zurück will zur nationalen Industrie,
- zurück will zur nationalen Verkehrs- und Energiepolitik

gefährdet unser Wachstum unsere Lebensqualität.

Deswegen brauchen wir in Europa eine Sozialunion mit verbindlichen Mindeststandards!

Unsere Idee eines solidarischen Europa können wir am besten durch starke europäische Interessenvertretungen durchsetzen.

Dabei sind unsere Europäischen Betriebsräte wichtige Akteure.

Aber wir werden auch neue Wege gehen, um die Interessen der Beschäftigten in unserem Organisationsbereich noch wirksamer zu vertreten.

Wir werden unser Engagement in Brüssel verstärken.

Wir werden Brüssel nicht den Neoliberalen und dem Finanzkapital überlassen.

Wir werden unsere wirtschafts- und industriepolitischen Interessen in Brüssel stärker einbringen. Also: Zeigen wir uns!

Und greifen wir direkt dort ein, wo es besonders wichtig ist!

Es geht um nichts weniger als die Zukunft Europas. Die ist jeden Einsatz wert!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben die Mittel, um aus unserem Land und aus Europa etwas sehr viel besseres zu machen.

In diesem Sinn wollen wir der Fortschrittsmotor sein.

Wir wollen den Mutlosen Mut machen und den Ehrgeiz für eine bessere Entwicklung wecken.

Wir wollen, dass unsere Grundwerte Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit Maßstab der Politik werden. National wie international.

Ich bin optimistisch, dass uns das gemeinsam gelingen wird!

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.